

Bern



Seltene Verbündete
Thomas Fuchs kämpft mit Grünen gegen das Integrationsgesetz. 20

«Chance, Jurafrage definitiv zu regeln»

Der Vermittler Dick Marty warnt den Grossen Rat vor einer Rückweisung des Jura-Abkommens. Dass auch Gemeinden über einen Kantonswechsel abstimmen können, entspreche demokratischer Tradition.



«Die Mehrheit des Grossen Rats stellte sich gegen die Vertreter der betroffenen Bevölkerung», kritisiert Jura-Vermittler Dick Marty. Foto: Yoshiko Kusano (Keystone)

Interview: Simon Thönen

Herr Marty, Sie haben schwierige internationale Ermittlungen zu CIA-Gefängnissen und zum Kosovo-Krieg geführt. Ist Ihre Vermittlung in der Jurafrage verglichen damit eine lockere Fingerübung?

Das kann man so nicht sagen. Wir haben hier ein staatspolitisches Problem, das mit starken Gefühlen verbunden ist. Es ist immer sehr schwierig, die Lösung solcher emotionsgeladener Probleme in juristische Paragrafen zu giessen. Ich glaube, dass wir mit der Absichtserklärung der beiden Kantonsregierungen vom 20. Februar 2012 eine Lösung gefunden haben, auf die wir stolz sein dürfen, weil sie der schweizerischen Tradition entspricht: Man lässt das Volk abstimmen - auf allen Ebenen, also auch auf Gemeindeebene, falls dies gewünscht werden sollte.

Der Jurakonflikt ist beinahe komplett eingeschlafen. Ist eine Lösung überhaupt noch erforderlich?

Diesen Eindruck kann man nur haben, wenn man lediglich die Oberfläche des Sees betrachtet. Unter der stillen Oberfläche ist der Konflikt nach wie vor da, wenn auch nicht mehr so virulent wie früher. Dies ist auch der Grund, weshalb die Jurafrage für Bundesbern ein offenes Dossier ist. Mit dem Verfahren, auf das sich die beiden Kantone unter Vermittlung der eidgenössischen Justizministerin Simonetta Sommaruga geeinigt haben, besteht die Chance, die Jurafrage definitiv zu regeln. Dies nach einem Vermittlungsprozess, der 18 Jahre dauerte.

Dick Marty

Spezialist für schwierige Fälle

Der ehemalige Tessiner Staatsanwalt, Regierungs- und Ständerat (FDP) und Europarat, Dick Marty (68), führte internationale Ermittlungen zu den Geheimgefängnissen der CIA sowie zu Menschenrechtsverletzungen der Kosovo-Befreiungsarmee UCK sowie in Tschetschenien. Im Dezember 2010 ernannte der Bundesrat ihn zum Präsidenten der Interjurassischen Versammlung (IJV). Die IJV wurde 1994 von den Kantonen Bern und Jura sowie dem Bundesrat gegründet. Die IJV soll Lösungen zur Beilegung des Jurakonflikts vorschlagen und diskutieren. (st)

Geeinigt haben sich die beiden Kantone Ende 2011, Anfang 2012 in geheimen Verhandlungen in einem Restaurant in Solothurn. In welcher Atmosphäre fanden diese statt?

Beide Seiten zeigten eine grosse Reife und Ernsthaftigkeit in den Diskussionen, die mitunter schwierig waren. Dazu kann man ihnen nur gratulieren. Für mich ist klar, dass beide Regierungen die Hypothek der Jurafrage abtragen wollen - damit sie die grossen Herausforderungen besser anpacken können, vor denen beide Kantone stehen.

Welche Rolle spielten Sie dabei?

Meine persönliche Rolle möchte ich hier nicht ausbreiten. Generell ist es sicher für einen Aussenstehenden gelegentlich einfacher, den Überblick zu behalten. Das Ergebnis verdanken wir jedoch der ausgezeichneten Arbeit beider Regierungsverhandlungen.

Der bernische Regierungsrat hatte kein Problem damit, dass der Berner Jura sowie der Jura über einen gemeinsamen Kanton abstimmen.

Die bernische Exekutive zeigt einfach Vertrauen in die eigene Bevölkerung. Sie kennt diese gut und geht offensichtlich davon aus, dass der Berner Jura weiterhin beim Kanton Bern bleiben will.

Die bernische Regierung wehrte sich aber dagegen, dass danach auch noch einzelne Gemeinden über den Kantonswechsel abstimmen dürfen. Was bewog sie zum Einlenken?

Es war sicher die Aussicht, die Jurafrage ein für allemal zu regeln. Das Thema Gemeindeabstimmungen betrifft zudem wahrscheinlich nur gerade Moutier. Auch hier steht keineswegs fest, dass die Mehrheit der Gemeindebürger wirklich zum Kanton Jura wechseln will. Falls dies der Fall sein sollte, wäre dies wirklich ein riesiges Unglück für den Kanton Bern? Und es ginge bestimmt nicht von heute auf morgen. Einem Kantonswechsel müsste auch das ganze Volk in den Kantonen Bern und Jura sowie Volk und Stände in der Schweiz zustimmen. Die demokratische Mitsprache wäre auf allen Ebenen gegeben.

Für eine knappe Mehrheit des bernischen Grossen Rats ist das Abkommen unausgewogen - auf

Antrag der SVP lehnte sie Gemeindeabstimmungen ab.

Man kann sich fragen, ob da Wahlkampfüberlegungen eine gewisse Rolle spielen. Ich finde es bedauerlich, wenn bei solch grundlegenden Themen wie der Jurafrage parteipolitische Motive hineinspielen. Bedenklich ist vor allem, dass die Parlamentsmehrheit sich gegen die Vertreter der betroffenen Bevölkerung stellte. Sowohl die Grossratsdeputation wie auch der Rat der Bernjurassier haben das Abkommen, auf das sich beide Kantone geeinigt haben, akzeptiert - inklusive Gemeindeabstimmungen. Diese regionalen Vertretungen kennen ihre Mitbürger am besten und geniessen ihr Vertrauen. Warum sollte man nicht auf sie hören?

Die Mehrheit befürchtet eine Zerstückelung des Berner Juras, falls einzelne Gemeinden sich abspalten.

Ich habe Mühe damit, wenn gerade jene politischen Kräfte, die sonst immer mehr Gemeindeautonomie und mehr direkte Demokratie fordern, den bernjurassischen Gemeinden die Selbstbestimmung verweigern wollen. Zudem könnten einzelne Gemeinden auch gestützt auf Artikel 53 der Bundesverfassung eine konsultative Abstimmung über einen Kantonswechsel verlangen. Sollte sich bezüglich der Grenzen eine unhaltbare Situation ergeben, kann man dies immer noch mit guten Gründen ablehnen.

Warum müssen Gemeindeabstimmungen im Jura-Abkommen geregelt werden, wenn es doch bereits den Bundesverfassungsartikel gibt?

Weil das Abkommen dafür einen klaren Rahmen vorgibt. Falls eine Gemeinde eine solche Abstimmung will, muss sie dieses Begehren bis spätestens zwei Jahre nach der regionalen Volksabstimmung anmelden. Tut sie dies nicht, dann ist die Sache erledigt. Transparente und klare Verfahren schaffen gegenseitiges Vertrauen.

Das Problem einer Volksabstimmung in Moutier könnte sein, dass das Resultat extrem knapp ausfallen könnte und die unterlegene Seite es nicht akzeptiert.

Mit knappen Entscheidungen muss man in einer Demokratie leben. Auch in der Schweiz sind wichtige Entscheide wie

das Nein zum EWR-Beitritt von einer knappen Volksmehrheit gefällt worden.

Nächste Woche stimmt der Grosse Rat erneut über die Option Gemeindeabstimmungen ab. Was geschähe, falls er sie wieder ablehnt?

Dann ist das Ergebnis eines Annäherungs- und Verhandlungsprozesses, der 18 Jahre dauerte, wahrscheinlich obsolet. Man müsste wohl zurück an den Verhandlungstisch - mit dem Risiko, dass die Leidenschaften wieder aufflammten. Das ist eine schwere Verantwortung.

Welche Garantien gibt es umgekehrt, dass die Jurafrage wirklich erledigt ist, falls die bernische Seite das Abkommen samt den Gemeindeabstimmungen akzeptiert?

Mit ihrer Unterschrift unter die gemeinsame Absichtserklärung hält auch die jurassische Regierung fest, dass die Jurafrage erledigt ist, sobald die vereinbarten Verfahren durchgespielt sind. Bundesbern wird das Dossier dann abschliessen und die Interjurassische Versammlung wird aufgelöst. Natürlich kann man nicht ausschliessen, dass einzelne Hitzköpfe dies anders sehen. Aber offiziell wäre die Jurafrage kein Thema mehr.

Wie erklären Sie eigentlich ausländischen Gesprächspartnern die Jurafrage?

(Lacht.) Solche Konflikte sind immer schwer verständlich, wenn man sie nicht aus eigener Anschauung kennt. Ich erkläre sie mit der Last der Geschichte, die zu unterschiedlichen Orientierungen in der Bevölkerung führte - dies kennt man ja auch von Konflikten andernorts. Wir haben allerdings eine riesige Chance im Vergleich zu anderen Konflikten: Unsere Kultur ist zutiefst demokratisch. Warum sollten wir das ausgerechnet jetzt gerade vergessen?

«Wir dürfen stolz auf die Lösung sein, die schweizerischer Tradition entspricht.»

Bärenpark-Lift: Schelte für den Gemeinderat

Das Berner Stadtparlament will in Sachen Bärenpark-Lift endlich Taten sehen.

Bernhard Ott

«Seit der Motion für einen Behindertenlift im Bärenpark sind fünf Jahre vergangen, und es hat sich nichts geändert», kritisierte David Stampfli (SP) gestern im Stadtrat. In Sachen Behindertenzugänglichkeit brauche es endlich Taten. «Wir werden nie und nimmer auf die Forderung nach einem Lift verzichten», ergänzte Daniela Lutz (GFL). Und Martin Schneider (BDP) sprach gar von einer «behinderten Stadt», welche nicht vorwärts mache.

«Es ist nicht nichts passiert»

Zur Debatte stand eine weitere Fristverlängerung einer SP-Motion aus dem Jahre 2007, die einen hindernisfreien Zugang zum Berner Wahrzeichen verlangt. Finanzdirektor Alexandre Schmidt (FDP) wollte die Schelte nicht unerwidert lassen: «Die Problematik geht zurück auf einen Bauentscheid des Statthalters», sagte Schmidt. Dort werde es der Bauherrschaft überlassen, auf welche Weise sie die Behindertenzugänglichkeit herstellen wolle. Der Gemeinderat habe einen Stollenlift geprüft, einen Hanglift, einen Lift an der Brücke, einen Shuttleservice, eine Brücke über die Aare und einen Schräglift an der Treppe. Das Baugesuch für einen Treppenlift von der Aare bis zum mittleren Niveau sei durch eine Beschwerde blockiert. Der Fall liege erneut beim Statthalter. «Es ist nicht nichts passiert. Für eine Lösung gibt es keine Zauberformel», so Schmidt. Widerstrebende Interessen erschwerten eine Lösung. Zudem seien die geologischen Bedingungen schwierig, und die Vorgaben des Denkmalschutzes müssten ebenfalls berücksichtigt werden.

Der Gemeinderat prüfe nun auch einen Senkrechtlift vom Aareufer aufs mittlere Niveau, von wo die Behinderten weiterbegleitet werden sollen. «Geben Sie uns eine Chance und stimmen Sie der Fristverlängerung zu», argumentierte Schmidt. Der Stadtrat stimmte zwar einer Verlängerung zur Erfüllung des Anliegens bis Ende Juni 2013 zu. Eine Verlängerung bis Ende Jahr mochte er jedoch nicht genehmigen.

Nause lobt SAS Security AG

Für Gesprächsstoff sorgte auch eine GB/JA-Motion, die eine ersatzlose Auflösung der Verträge mit der Bewacherfirma SAS Security AG verlangt. Gemäss «Bund»-Recherchen ist der Chef dieser Firma siebenmal in Konkurs gegangen. Zudem seien Gesamtarbeitsverträge verletzt und Mindestlöhne unterschritten worden. Der Gemeinderat hielt in seiner Antwort fest, dass der Vertrag mit der Firma Ende März auslaufe und dass der Auftrag dann neu ausgeschrieben werden soll. Lea Bill (GB) zeigte sich zur Umwandlung in ein unverbindliches Postulat bereit. Gemeinderat Reto Nause (CVP) wies darauf hin, dass die Ausschreibung regulär erfolgt sei. «Möglicherweise gibt es Zweifel an der Vergangenheit des Firmenchefs.» Der Bewachungsauftrag sei aber zur Zufriedenheit der Stadt ausgeführt worden. Der Stadtrat stimmte dem Postulat mit 56 zu 12 Stimmen zu, schrieb es aber zugleich als erfüllt ab. Ebenfalls angenommen wurde eine Motion der FDP, die unter anderem eine Entflechtung der Zuständigkeiten verlangt.

Anzeige

bischofberger reisen
...die Welt erleben
Die besten Preise – Die coolsten Reisen
und die neuen Kataloge:
bischofberger-reisen.ch
Dufourstr. 157 - 8034 Zürich - 044 384 93 93